

# Demokratie und Grundrechte stärken

## → Vorschläge

- 1** Grundrechte sind Menschenrechte. Sie bilden das Fundament von Demokratie und Rechtsstaat und bedürfen in Krisen eines besonderen Schutzes.
- 2** Für kommende Krisen sollte ein demokratisches Management vorbereitet werden, in das die Menschen einbezogen werden, insbesondere Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen.
- 3** Auf den Notstand sollte in Zukunft generell verzichtet werden. Die Gesellschaft bewältigt Krisen im Normalzustand, mit Solidarität, Subsidiarität, der Schaffung von Vertrauen und der Bildung von Reserven.
- 4** In kommenden Krisen könnte ein demokratischer Krisenrat mit Vertreter\*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft gebildet und mit einem Veto-Recht gegen Grundrechtseinschränkungen ausgestattet werden.
- 5** Grundrechtseinschränkungen, die länger als drei Monate währen, dürfen nur bei Vorliegen wissenschaftlicher Evidenz und nach einer positiven Gesundheitsfolgenabschätzung (Abwägung von Nutzen und Schaden) vorgenommen werden.





**6** Das Recht auf Unversehrtheit könnte zu einem absoluten Grundrecht aufgewertet werden. Es ist der Menschenwürde am nächsten, die schon heute – neben dem Sklaverei- und dem Folterverbot – ein nicht einschränkbares Grundrecht ist.

**7** Der Nürnberger Kodex (Teilnahme an medizinischen Versuchen nur auf freiwilliger Basis) sollte auf vorläufig zugelassene medizinische Produkte ausgeweitet werden. Zu Freiwilligkeit zählt, dass auf niemanden Druck ausgeübt werden darf.

**8** Der Gesundheitsstatus (inkl. Gabe bestimmter Arzneimittel) sollte in die Aufzählung der Diskriminierungsverbote der EMRK aufgenommen werden. Die Inanspruchnahme eines Grundrechts darf nicht an den Verzicht auf ein anderes bedingt werden.

**9** Nachzensur in den Sozialen Medien sollte mit Vorzensur durch den Staat gleichgestellt werden. Der Digital Services Act der EU darf die Meinungsfreiheit nicht einschränken und muss zwischen „illegalen Inhalten“ und „Desinformation“ unterscheiden.

**10** Die Genfer Flüchtlingskonvention sollte auf Klima- und Umweltflüchtlinge ausgeweitet werden. Der UN-Pakt zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten könnte um ökologische Menschenrechte erweitert werden.

